



Mit der

Alternativen Regierungserklärung 1987



Grüner Rundbrief 2

Informationen der GRÜNEN ALTERNATIVE

Alternative Regierungs- erklärung 1987

Wir, eine Gruppe besorgter und engagierter Menschen, wurden von 234.000 Wähler/innen beauftragt, die elementaren Anliegen, die für das Überleben der Menschheit insgesamt und ein angstfreies, glückliches Leben in Österreich von zentraler Bedeutung sind, in das Parlament zu tragen.

Dank der Unterstützung von vielen Initiativen und Experten/innen, denen das Wohl der Menschen wichtiger ist als Gutachterschillinge, legen wir nun diese Visionen für eine langfristige Politik vor.

Die Schwerpunkte sind:

- * Energie- und Verkehrspolitik
- * Wirtschaftspolitik
- * Demokratiereform
- * Sozial- und Gesundheitspolitik
- * Bildungs- und Kulturpolitik

Wir haben vor, auch in anderen Bereichen, besonders in der Frage einer gerechten Wirtschaftsordnung, politische Akzente zu setzen. Dazu werden wir gesonderte Konzepte vorlegen.

Die Entscheidungen über das Wie unseres Lebens haben sich längst von demokratisch gewählten Einrichtungen hin zu einer schmalen Oligarchie aus Politik, Verbänden und Wirtschaftsspitzen verlagert. Der sogenannte Sachzwang diktiert, die Budgets sind bis zu 95 % festgeschrieben, die Strukturen bleiben unverändert, die soziale Lage wird als unabänderlich hingenommen. Politik ist längst ein Wurmfortsatz der Ökonomie und darf deren soziale, ökologische und politische Schäden reparieren. Die Belege dafür sind unübersehbar. So verlagern sich immer mehr Umweltinvestitionen auf die öffentliche Hand, so ist das Gesundheitswesen eigentlich längst schon ein krankmachendes Wesen.

Die Ohnmacht der Politik wird von den etablierten Machtgruppen gern verleugnet. Dadurch geraten sie in das unlösbare Dilemma, auf der einen Seite vieles zu versprechen, auf der anderen Seite nur wenig verändern zu können. Und wie gehen sie mit diesem Dilemma um? Nein, es wird nicht wahrgenommen, sondern im Gegenteil durch die Ausblendung unerwünschter Wirklichkeiten schlicht verdrängt bzw. bewusst geleugnet. Das Ergebnis muß zwangsläufig eine technokratische Pseudovernunft sein, eine Pseudovernunft,

- die Lärmschutzwände als Umweltschutz verkauft, anstatt sich um eine Eindämmung des mörderischen Individualverkehrs zu kümmern;

- die angeblich Arbeitsplätze schafft und fördert, dabei aber nur Maschinen in Gang setzt und über den Sinn von Arbeit und Produktion nicht mehr nachdenkt;

- die technischen Fortschritt um jeden Preis will, aber die sozialen und ökologischen Folgen von Technik aus dem Auge verliert.

Die unmittelbare Folge dieser verräterischen Pseudovernunft, die ständig vom ebenso verräterischen Wort "sowohl als auch" geprägt ist, ist eine Verschiebung der Politik von den Ursachen zum Symptom. Nicht mehr die Zehntausenden gefährlichen Chemi-

1 Ohnmacht der Politik an der Jahrtausendschwelle

Eine eigentümliche Situation ist die Grundlage unserer Überlegungen: Heute bietet die Politik das Bild einer ungeheuren Allmacht, während sie doch in Wahrheit äußerst ohnmächtig, ja fast armselig agiert. Warum?

kalien sind nach diesem Motto gefährlich, gefährlich ist die Panik nach einem Unfall. Nicht die Technik um jeden Preis ist abzulehnen, sondern die "Technikfeindlichkeit".

Ein solcher Kurs in das nächste Jahrtausend ist zuzufest abzulehnen, weil das morsche Haus einbricht, wenn er noch länger fortgesetzt wird. Deshalb wollen wir:

- die Onmacht der Politik entlarven und ihre Abhängigkeit von wirtschaftlichen Machtkartellen und der ökonomischen "Eigendynamik" aufzeigen;
- den Schleier der Verlogenheit liften;
- hinter die Kulissen der Pseudo-Vernunft schauen;
- und Perspektiven für eine Politik aufzeigen, die deutlich macht, welche Ziele und Werte sie verfolgt.

2 Ziele einer Überlebenspolitik

Die ziel- und perspektivenlose Politik der etablierten Parteien und Machtkartelle orientiert sich ausschließlich an materiellen Maßnahmen. So darf ein Parteivorsitzender ungestraft behaupten, die wachsende Zahl von Autos sei ein Zeichen für den Wohlstand in Österreich. Er verwechselt, und das hat System, Wohlstand mit Wohlbefinden. Starren die wachstumsgläubigen Politiker auf das Brutto-Inlands-Produkt, das schon wieder um 2 % zulegen soll, so übersehen sie dabei konsequent die Schattenseiten der Entwicklung, die in Umweltzerstörung, Dauerarbeitslosigkeit, wachsender Ungerechtigkeit, einer Aushöhlung der Demokratie und in wachsenden zwischenmenschlichen Problemen sichtbar werden.

Wir sagen deshalb klar:

-Wir lehnen materielle Gütervermehrung als alleiniges politisches Ziel ab. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

- Für uns sind die qualitativen Ziele einer Gesellschaft, etwas Demokratie oder Kultur, nicht unbedeutende Anhängsel der Wirtschaftspolitik, sondern Basis für die Zukunft. Psychosomatische Störungen oder kaputte Böden sagen mehr über den Zustand eines Landes aus als die Außenhandelsstatistik.

- Aus dieser ganzheitlichen Sicht ergibt sich, daß ein Umbau der Wirtschaft nach demokratischen Gesichtspunkten der zentrale Hebel für die ökologische Sanierung, für soziale Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität ist.

Dafür treten wir ein.

3 Vorsorgende Umweltpolitik statt Symbolik und Kosmetik

Voraussetzung einer ernstgemeinten Umweltpolitik ist die Einsicht, daß wir langfristige Allgemeininteressen gegen kurzfristige Gruppeninteressen

schützen müssen. Der Umweltzustand ist alarmierend, so alarmierend, daß dies nicht einmal mehr begründet werden muß. Deshalb hören wir auch mit dem Beschönigen und Beschwichtigen auf, deshalb wollen wir auch ein Programm entwickeln, das für viele Gruppen mit Verzicht, mit Einbußen an Profit und "Bequemlichkeit" verbunden ist, das langfristig aber unser aller Überleben sichern kann.

In diese Richtung wollen wir auch international arbeiten. Der "ökologische Imperialismus", etwa beim Kraftwerk Nagymaros, muß ebenso eingestellt werden wie der Bau der gefährlichen WAA Wackersdorf, gegen den wir internationale Rechtsmittel einlegen werden.

Schon längst reichen Einzelmaßnahmen nicht mehr aus, um den ökologischen Notstand zu beseitigen. Den etablierten Machtgruppen ist das Problem über den Kopf gewachsen, weil ökologische Politik und eine zerstörerische Wachstumspolitik unvereinbar sind. Mit Sachzwängen, der linearen Fortschreibung des Bestehenden und eindimensionalem Wachstumsdenken kann eine Lösung der Umweltkrise nicht erreicht werden. Wir wollen eine Umweltpolitik, keine Umweltschwindel. Deshalb ist der Umbau der Wirtschaft so wichtig, deshalb müssen wir sagen, wo wir Wachstum wollen und wo nicht.

Das größte ökonomische Problem unserer Tage ist das Waldsterben. Direkte Verluste von 7 bis 9 Milliarden Schilling jährlich, indirekte von 40 Milliarden sind schon heute eine Realität. Wir werden das dann merken, wenn das erste Dorf ausgesiedelt werden muß, wenn der Fremdenverkehr zurückgeht, wenn in der Holzindustrie Tausende Arbeitsplätze verlorengehen, wenn Lawinenschutzbauten unfinanzierbar werden. Der Wald kann nur durch eine sofortige ökologische Wende in der gesamten Wirtschaftspolitik, vor allem durch eine radikale neue Energie- und Verkehrspolitik gerettet werden. Um das unbestrittene Ziel einer baldigen Verringerung aller Emissionen auf ein Zehntel der heutigen Werte zu erreichen, dazu reichen Symbolik oder ein "Jahr des Waldes" schon längst nicht mehr aus. Was heißt das nun, die Umweltprobleme wirklich an der Wurzel zu packen?

Das heißt erstens für die Gleichberechtigung von Bürgern und Interessensgruppen in allen Fragen der Umweltpolitik sorgen. Konkret wollen wir eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung bei größeren Projekten und die Beteiligung von Bürgerinitiativen mit Parteistellung in umweltrelevanten Verfahren.

Zweitens heißt das Kompetenzklärung durch ein eigenständiges Umweltministerium, das bei allen wichtigen Fragen innerhalb der Regierung ein Veto-recht besitzt und wirkliche Möglichkeiten auf dem Gebiet der Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung erhält.

Drittens werden wir die Ausschaltung von Lobbies aus umweltpolitischen Entscheidungsprozessen betreiben. So ist es unerträglich, wenn sich in den "Expertengruppen" der Ministerien nur mehr Sozialpartnervertreter tummeln.

Viertens muß die Finanzierung der Umweltpolitik völlig neu gestaltet werden. Nach vorliegenden Studien sind die Investitionen in den letzten Jahren sogar leicht zurückgegangen, der Anteil der öffentlichen Hand stieg etwas an. Damit ist die unsoziale Vorgangsweise der Verlagerung von Umweltkosten auf die öffentliche Hand bloßgelegt. Wir wollen die Verursacher stärker zur Kasse bitten und zwar durch ein System von Umweltabgaben für die Bereiche Luft, Wasser, Abfall (Einwegverpackungen), Altlastensanierung.

Aber sogar ein System von Umweltabgaben kann kein Ersatz für dringend notwendige Verbote und strengste Grenzwerte sein.

Diesbezüglich hinkt Österreich 15 Jahre hinter internationalen Standards zurück. Verbote werden

erst dann ausgesprochen, wenn es Tote gibt.

Einige Beispiele:

- Die Schwermetallkonzentrationen im Klärschlamm sind nicht rechtsverbindlich geregelt.

- Gewässergrütestandards sind nur unverbindliche Richtlinien.

- Cadmium, ein toxisches Schwermetall, soll in Österreich auch weiterhin erlaubt sein.

- Von einem Verbot oder wenigstens verbindlichen strengen Grenzwerten für halogenierte Kohlenwasserstoffe keine Spur.

- Ein Verbot der Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) als Treibgas für Sprays ist nicht in Sicht.

- Das österreichische Waschmittelgesetz sieht aus als hätte es die Industrie selbst erarbeitet.

- Für PCB und PBB gelten in Österreich keine strengen gesetzlichen Einschränkungen. Ein Verbot von PVC-Verpackungen für Lebensmittel konnte nicht durchgesetzt werden.

Die Liste ließe sich noch unendlich fortsetzen. Sie zeigt das ganze Ausmaß an bewußter Fahrlässigkeit.

4 Wir wollen nicht im Müll ersticken.

Die industrielle Wegwerfgesellschaft produziert Gifte, Abfälle und Unnütziges im Ausmaß von Millionen von Tonnen jährlich. 1983 entfielen auf jede/n Österreicher/in 272 kg Müll. Dagegen liegt die Sammelrate von Altstoffen unter 15 kg jährlich. Nur 4% der Deponien erfüllen alle Anforderungen des Umweltschutzes.

In Betrieben fallen jährlich ca. 12 Mio. Tonnen Abfälle an, davon mindestens 300.000 Tonnen als "gefährlicher Sonderabfall". Eine ordnungsgemäße Beseitigung ist im Regelfall nicht gegeben.

Das Müllproblem zeigt ein grundsätzliches Problem unseres Wirtschaftens auf. Die Betriebe produzieren auf Hochtouren, aber um Rückstände und Abfälle soll sich die Allgemeinheit kümmern. Das führt dazu, daß alle bisherigen Lösungsversuche äußerst halberzig ausfielen.

Wir wollen im Laufe der nächsten 5 Jahre die Halbierung der Müllmenge erreichen:

- 20 % des Mülls sollen überhaupt vermieden werden
- 30 % des Mülls sollen wiederverwertet werden.

Zur Verringerung der anfallenden Müllmenge sind Maßnahmen im Produktionsbereich unerlässlich. Das Sonderabfallgesetz bietet schon heute die Möglichkeit, die Verwendung einzelner Stoffe oder Stoffgruppen zu verbieten. Wir werden diese Möglichkeiten voll ausschöpfen und überdies eine Abgabe auf alle Einwegprodukte einheben. Mittels dieser Abgabe soll die Wiederverwertung gefördert werden. Ein Abfallwirtschaftsgesetz soll die Grundlagen der Abfallwirtschaft regeln. Die Grundsätze vermeiden, Verwerten und umweltschonendes Beseitigen werden festgeschrieben, der Hausmüll wird getrennt gesammelt und wiederverwertet. Im Bereich der Vermeidung wird die öffentliche Hand, die insgesamt fast 50 % aller Investitionen tätigt, mit gutem Beispiel vorausgehen.

Zur Sanierung der - geschätzten - ca. 2.500 Altlasten ist ein gewaltiger Milliardenbetrag erforderlich, der von der öffentlichen Hand allein nicht aufgebracht werden kann. Deshalb ist ein Fonds einzurichten, der je zur Hälfte von der Industrie und vom Staat dotiert wird.

Ohne Verbote und ohne konkrete Schritte zu einer sanften Kreislaufwirtschaft werden wir das Müllproblem nicht bewältigen können.

5 Kraftwerke sind die Antwort aber was war die Frage?

Planung ersetzt den Zufall durch Irrtum. Diese Aussage gilt ganz besonders für die E-Wirtschaft, einen Staat im Staat mit ungeheuren Verflechtungen und Verzerrungen. Trotz gegenteiligen Beteuerungen wird der Weg der Bedarfsdeckung, der Verschwendung und der zerstörerischen Großtechnologie fortgesetzt, ja sogar exportiert. Amory Lovins' Vergleich trifft den Kern der heutigen Energiepolitik in Österreich: "Wenn jemand in der Badewanne sitzt, aus deren undichtem Abfluß ständig das Wasser ausläuft, was braucht er wohl dringlicher, einen dichten Abflußpropfen oder einen stärkeren Boiler?" Die E-Wirtschaft und die mit ihr verflochtenen Gruppen in der Bauwirtschaft, den Banken und Parteien wollen uns immer noch größere Boiler einreden!

Uns ist klar, daß Energiepolitik weitgehend die Zukunft der Wirtschaft und unserer Lebens- und Umweltbedingungen bedingt. Deshalb werden wir mit allen inner- und außerparlamentarischen Mitteln für den Umstieg vom harten auf einen sanften Kurs in der Energiepolitik eintreten.

Worin besteht dieser sanfte Kurs?

- Es versteht sich von selbst, daß die Atomtechnologie national wie international mit einem sanften Kurs unvereinbar ist. Deshalb ist das Atomspargesetz in die Verfassung aufzunehmen.

- Wir wollen keinen "ökologischen Imperialismus". Deshalb muß Österreich alle Verträge mit Ungarn über das Kraftwerk Nagymaros so lange sistieren, bis eine von unabhängigen Fachleuten erstellte Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt.

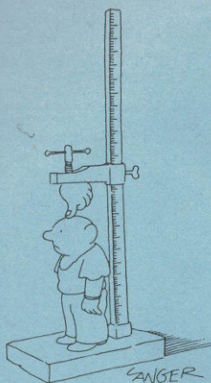
- Der überholte Versorgungsauftrag der Energie-Wirtschaft ist zu ändern. Es geht in Zukunft um die effiziente, umweltfreundliche und kostengünstige Bereitstellung von Energiedienstleistungen und nicht um die Ausbeutung der letzten Flüsse und Bäche.

- Die Tarifstruktur ist dringend zu reformieren: dies ist problemlos durch die Installation einer neuen Generation von Zählern durchzuführen, die verbraucher- und kostengerechte Tarife möglich machen. Sondersubventionen für die veraltete Grundstoffindustrie sind auszuschließen.

- Die Energie-Wirtschaft hat sich nie um sparsamen Verbrauch, sondern im Gegenteil um Verbrauchsankurbelung bemüht. Symptomatisch dafür ist die Elektroheizung. Die geschätzte Netzbelastung durch Elektroheizungen von 3.000 MW, die von nur 10 % aller Haushalte verursacht wird, entspricht mehr als der Leistung aller Donaukraftwerke und 90 % der Kapazität der kalorischen Kraftwerke. Deshalb ist der Preis für Strom aus der Elektroheizung anzuhoben und in Zukunft die Elektroheizung grundsätzlich zu verbieten.

- Die Energieprobleme können nicht durch ein stolzes Kraftwerksprogramm, sondern nur durch zahlreiche Maßnahmen zur besseren Energienutzung gelöst werden. Das wirtschaftlich erreichbare Einsparungspotential wird auf etwa 40 % des Primärenergieeinsatzes geschätzt. Dafür sind unabhängige Beratungsstellen und Finanzierungshilfen notwendig.

- Angesicht der Einsparungsmöglichkeiten verlangen wir die Unterbrechung des Kraftwerksausbauprogramms. Die für den Ausbau bestimmten 15 bis 20 Milliarden Schilling jährlich können in Maßnahmen zur besseren Energienutzung investiert werden. Das schafft mehr und sinnvollere Arbeitsplätze als es die Maschinenparks der Bauwirtschaft tun. Zur Unterstützung dieser gewaltigen Umorientierung sollte ein Energiespargesetz entwickelt und beschlossen werden.



6 Obrigkeitsstaat Untertanenrepublik

Demokratie beginnt und endet mehr und mehr bei den Parteisekretariaten. In Österreich ist es eng geworden, kreative und kritische Ideen können sich kaum mehr entfalten. Die erdrückende Walze der großen Koalition nimmt auf Minderheiten oder soziale und politische Anliegen kaum mehr Rücksicht. Wer nicht durch Lobbies vertreten ist, kommt zu kurz - und das ist die Mehrheit.

Das wahre Demokratieproblem unserer Tage ist somit nicht die Briefwahl, nicht das Wahlrecht, sondern ist die tiefe und wachsende Kluft zwischen ohnmächtig, apathischen Bürgern, und einer kleinen Machtelite, welche sich eine Regierung hält.

Die großen Parteien sind nicht an einer Demokratie interessiert, in der das (politische) Recht wieder vom Volk ausgeht.

Mit der Unterstützung aktiver Bürger wollen wir uns deshalb ein Stück Demokratie zurückholen; wenn nötig, zum Beispiel bei Großprojekten, bei denen der Wille vieler Menschen mißachtet wird, auch mit gewaltfreien Widerstand.

Zur Stärkung der Demokratie:

- Werden wir schonungslos alle Privilegien und Verzerrungen in dieser Republik offenlegen und dadurch möglichst beseitigen. (Wenn z.B. Energie-sprecher von Parteien mit der Großindustrie verbandelt sind, so muß dies offengelegt werden, usw.)

- Demokratie muß wieder bei den Menschen beginnen, ganz im Sinne des Artikel 1 unserer Verfassung. Deshalb wollen wir eine Volksabstimmung, wenn 100.000 Bürger/innen ein Volksbegehren unterschreiben. Weigern sich die anderen Parteien, verlangen wir eine Volksbefragung darüber.

- Die obrigkeitsstaatlichen Relikte in unserem Staat gehören beseitigt. Deshalb verlangen wir volles Akteinsichtsrecht, Informationspflicht der Behörden, eine gründliche Verwaltungsreform samt Abbau von Hierarchien und mehr Parteilstellung für Bürger. Die etablierten Parteien haben sich bis in die letzten Winkel des Landes in alle Lebensbereiche eingenistet. Stichworte: ORF, Schulwesen, Sport, Wohnungswesen, Subventionswesen, Kommissionen, Arbeitsplatzbeschaffung... Wir wollen diesen Akt von wahrhaft obrigkeitsstaatlichem Verhalten aufzeigen und durchbrechen. Am leichtesten geht das durch die drastische Kürzung der

Parteiförderung aus Steuergeldern in Bund und in den Ländern, von wo heute jährlich eine runde Milliarde in die Parteikasse fließt. In vielen Bereichen müssen die Verkrustungen aufgebrochen werden: durch eine neue, demokratische Medienpolitik, durch vermehrte Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens, durch die Zurückdrängung der Parteien und Sozialpartner aus staatlichen Vereinen und Institutionen. Durch die Wahl von Schuldirektoren durch die Schulgemeinschaften, durch objektive Einstellungs- und Beförderungsverfahren im öffentlichen Dienst etc.

Die Grünen wollen eine Koalition der mündigen, kritischen Bürger/innen in Österreich, und keine Koalition von oben.

- Die Demokratie österreichischer Prägung neigt dazu, Konflikte in Vergangenen, Gegenwart und Zukunft zu verleugnen und im Dunkeln von Kommissionen zu vertagen. Dementsprechend wird der Parlamentarismus mehr und mehr ausgehöhlt, weil die wirklichen Entscheidungen längst woanders gefallen sind. Wir wollen deshalb für ein lebendiges Parlament kämpfen, das wirklich wieder zum Ort der Gesetzgebung wird. Diese Forderung bedingt eine Ausweitung der parlamentarischen Minderheitsrechte und den Aufbau eines legislatischen Dienstes im Parlament selbst.

7 Bausteine einer umwelt- und menschenverträglichen Wirtschaftspolitik

Schon die Betrachtung dessen, was gemeinhin "Wirtschaftskrise" genannt wird, zeigt die großen Unterschiede zwischen der Betrachtung der etablierten Parteien und grün-alternativer Betrachtungsweise auf. Erstere sprechen von Sanierung, wir vom notwendigen Umbau. Sie meinen in erster Linie die Krise der Staatsfinanzen und ein zu geringes Wirtschaftswachstum, aus dem Arbeitslosigkeit resultiert. Ihre Lösungsansätze bestehen darin, das Budget zu sanieren und die österr. Wirtschaft noch stärker auf Expansionskurs zu bringen, im Windschatten der "großen" Wirtschaftsländer wie USA, BRD und Japan. Das ist für sie die Lösung des Problems. Für uns ist diese Lösung das Problem.

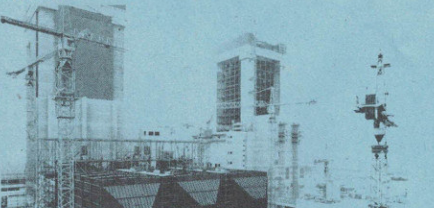
Wenn wir von Wirtschaftskrise sprechen, meinen wir in erster Linie das absolute Diktat der Ökonomie über alle Lebensbereiche. Der Mensch wird zum Faktor Arbeit und aus Kostengründen rationalisiert. Die Schule, die Ausbildung, alles muß sich an den Bedürfnissen "der Wirtschaft" orientieren, Parlament und Verwaltung werden zu bloßen Vollziehern der Wirtschaftsverbände reduziert. Deren Ziel, eine ständige wirtschaftliche Expansion, steht außer Zweifel. Neue Technologien werden nicht nach dem Kriterium eingeführt, ob sie menschliche Arbeit erleichtern und beitragen, echte Bedürfnisse zu befriedigen, sondern ausschließlich danach, wie "wirtschaftlich" sie sind.

Dieses mehr um jeden Preis, diese "Diktatur der Ökonomie" stößt aber auf immer größeren Widerstand in dem Maße, als ihre zerstörerischen Folgen auf Mensch und Umwelt immer deutlicher sichtbar werden. Maschinen verdrängen Menschen im Produktionsprozess; arbeitslos zu sein heißt aber in unserer Gesellschaft nicht nur der materiellen Lebensgrundlagen, sondern auch des Selbstverständnisses, "wollwertiger Mensch" beraubt zu sein. Wir Grünen wollen eine Wirtschaft, die sich den Bedürfnissen der Menschen unterordnet, die sich an die Natur

und ihre ökologischen Kreisläufe anpaßt, eine Wirtschaft, die lebensentfaltend und nicht lebensbehindernd ist. Wir wissen, daß dies in der herrschenden Situation nur ein Ziel sein kann, das heute unerreichbar erscheinen mag. Angesichts der immer bedrohlicheren Krisen scheint es uns jedoch gerade jetzt notwendig, über Ziel und Wege zu einem radikalen Umbau der Wirtschaft zu diskutieren. Es gibt keine Patentrezepte, jedoch gibt es aber Wege aus der Gefahr. Wege, die breit diskutiert und endlich beschritten werden müssen. Unter einer Regierung, die so wenig Perspektiven, so wenig Utopien entwickelt, müssen wir die prinzipielle Frage stellen, welche Rolle die Wirtschaft in Zukunft spielen soll und nach welchen Kriterien sie umzubauen ist.

Derzeit läuft fast alles in die falsche Richtung. Sozial Nützlich was menschliche Arbeit wird weg-rationalisiert, während sozial Schädigendes wie hoher Energieverbrauch, Ressourcenvergeudung und die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser nichts kostet. Unsere Industrie ist ähnlich falsch programmiert: mit hohem Energieeinsatz und umweltzerstörenden Produktionsmethoden werden Grundstoffe wie Stahl, Düngemittel, Papier etc. hergestellt und im hohen Maße exportiert, während "intelligente" Fertigprodukte wie Maschinen, Technologien und Umwelttechniken importiert werden.

Um nur ein Beispiel aus einem anderen Bereich zu nennen: das Waldland Österreich exportiert den Grundstoff Holz und importiert das Fertigprodukt Möbel. In einem fortschrittlichen Industrieland wie Österreich, dessen reichste "Rohstoffquelle" die Flexibilität, Kreativität und Intelligenz seiner Menschen darstellt, sollte es gerade umgekehrt sein: Information, Design und Kooperation müssen als Produktionsfaktoren die Primitivtechnologien ablösen.



Die Entwicklung in der Papierindustrie, die immer stärker auf Rationalisierung und Steigerung der Produktionskapazitäten ausgerichtet ist und dabei die Flüsse ruiniert, zeigt ebenso wie das Konzept "VOEST-Alpine Neu", mit seiner Beschränkung auf die Stahlzeugung, oder der Ausbau der hochdefizitären Düngemittelproduktion der Chemie Linz mittels Milliardenbeträgen aus der öffentlichen Hand, wie falsch der Weg blindlings weiterverfolgt wird. Daß die genannten Bereiche zur Verstaatlichung gehören, macht die Situation doppelt tragisch. Gerade der Staat als Eigentümer hätte die Chance, in diesen Schlüsselbereichen das Gemeinwohl voranzustellen und ökologische Verträglichkeit, Zukunftsorientierung und neue kooperative Organisationsformen einzuführen. Innovation als soziale Innovation, als die Fähigkeit von Menschen, neue Formen des Zusammenarbeitens und -lebens zu finden, anstatt bloßer technischer Innovation, im Sinne des Hinstellens neuer Maschinen, müßte es Aufgabe der Wirtschaft im allgemeinen und dieser Schlüsseltechnologien im besonderen sein. Nicht viel anders sieht es um die Technologie- und Forschungspolitik. Ein Beispiel aus der Energieforschung mag dies erhellen: 1985 wurden in Österreich für Reaktorsicherheitstechnik 91 Mio. ÖS aufgewendet, während gleichzeitig für Sonnen- und Windenergie nur 20 Mio investiert wurden. Neue

Technologien werden ohne Zweifel eine wichtige Rolle beim Umbau der Wirtschaft hin zu einer ökologisch und menschlich verträglichen leisten müssen. Die bisherigen Förderungen sind meilenweit davon entfernt: sie konzentrieren sich in erster Linie auf zentrale Datenverarbeitungssysteme (Mikroprozessoren) im Irrglauben, daß die Informationsgesellschaft ihre Probleme durch Computer lösen könne. Die in diesem Bereich vorherrschende indirekte Förderung zeigt die Ziellosigkeit dieser Politik.

Während der 16 Jahre sozialistischer Regierung ist die Einkommensschere zwischen arm und reich immer größer geworden, nur daß jetzt auch Vertreter der roten Reichshälfte in verstärktem Maß in den 100.000 S/Monat-Einkommen zu finden sind. Am unteren Rand der Gesellschaft, der immer breiter wird, arbeiten Hunderttausende, vor allem Frauen für skandalöse Löhne, müssen Hunderttausende Pensionisten mit rund 4.000 bis 5.000 S existieren, finden immer weniger Jugendliche einen zukunftsreichen Arbeitsplatz.

Auch regional begibt sich Österreich immer mehr in einen nationalen "Nord-/Süd-Konflikt". In meist ländlichen Krisenregionen wie dem Waldviertel oder der Südsteiermark verbindet sich ein niedriges Lohnniveau mit einer immer schlechter werdenden Arbeitslage und einer kulturellen Austrocknung. Angesichts dieser hoffnungslosen Situation sieht man immer mehr Menschen aus diesen Regionen ab. Schulen, Kaufhäuser, gewachsene Betriebe, und jetzt wohl auch Zugverbindungen müssen "dem Fortschritt" weichen. Erschreckend sind die Vorstellungen Sanierungspartnerschaft, ohne grundsätzliche Konzepte und Visionen mit Flickschusterei, die Probleme in den Griff bekommen zu wollen.

Wie würden die richtigen Schritte in die Richtung eines Umbaus unserer Wirtschaft nach menschlich und ökologisch ausgerichteten Zielen aussehen?

Statt wie gebannt hinter dem Riesentanker Weltmarkt - wahrscheinlich vergeblich - nachzudröhen, müßte ein den Ressourcen, Fähigkeiten und Möglichkeiten der verschiedenen Regionen angepaßtes Wirtschaftskonzept entstehen. Gerade in der Landwirtschaft, wo Österreich noch immer mehr Lebensmittel importiert als exportiert, wie auch in der Energiewirtschaft und in den vielfältigen Formen handwerklicher Produktion gäbe es vielfältige Arbeitsmöglichkeiten. Genossenschaftliche und selbstverwaltete Ansätze im Bereich der Unternehmensgründungen, welche derzeit noch durch die Unwilligkeit bzw. Phantasielosigkeit der Sozialpartner und Bürokraten behindert werden, könnten richtungweisend für eine zukünftige Wirtschaftsordnung sein.

Aber auch auf dem industriellen Sektor ist dieser Umbau notwendig. Gerade in der verstaatlichten Industrie hieße qualitatives Wachstum der geordnete Rückzug aus den Primitivtechnologien - welche ohnehin weitgehend zu hohen Verlusten führen - hin zu dezentralen, innovativen Bereichen, insbesondere in der Umwelttechnik und der effizienten Energienutzung. Österreichs Energiewirtschaft, welche sich beharrlich als Primärenergieverschwenker versteht, könnte hier neue Wege gehen. Auch die chemische Industrie hätte zahlreiche Möglichkeiten, ökologisch angepaßte Produkte der "sanften Chemie" zu entwickeln. Die öffentliche Hand als bedeutender Nachfrager diverser Produkte könnte hier Vorbild sein.

Kernstück eines solchen wirtschaftlichen Umbaus müßte eine ökosoziale Steuerreform sein. Gerade die politische Diskussion um diesen Punkt zeigt deutlich die Einfallslosigkeit und Erneuerungs-

unwilligkeit der derzeit Herrschenden. Alternative Konzepte für eine Steuerreform müssen über Einzelinteressen hinausgehen und eine grundsätzliche Neuorientierung bieten. Ökologischer Kollaps und steigende Arbeitslosigkeit verlangen nach entsprechenden Maßnahmen in unserem Steuersystem. Steuern sind zum Steuern da!

Wenn die Rohstoffpreise zu niedrig sind, um deren Ausbeutung einzubremsen, wenn Luft, Wasser und Boden noch immer als "freie Güter" keinen Eingang in die Kostenrechnung finden, wenn der "Faktor Arbeit" dagegen einer massiven Besteuerung unterworfen ist, muß eine Umkehrung stattfinden: - Abgaben auf Rohstoffe, Energie, überflüssige Verpackungen und Emissionen in Luft, Boden und Wasser sollen an der Quelle also beim Verursacher eingehoben werden. Sie sollen dazu beitragen, eine ökologische Kreislaufwirtschaft rentabel zu machen. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen kann die Rationalisierungsaufgabe der Zukunft nicht in der weiteren Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, sondern in der Wegrationalisierung der Energie und Rohstoffverschwendung bestehen. Diese Umweltsteuern würden jährlich etwa 50 Milliarden an Steueraufkommen sichern, wodurch eine entsprechende Senkung der Arbeitsbesteuerung möglich wäre.

Eine weitere Möglichkeit, den Staatshaushalt zu entlasten und die Umweltsituation zu entschärfen, ist eine genaue Überprüfung der Staatsausgaben- und -förderungen im Hinblick auf Umweltverträglichkeit. Milliardenbeträge fließen jährlich in die systematische Zerstörung der Natur. Die Beträge dafür könnten woanders eingesetzt - einerseits für mehr Menschen Beschäftigung und Einkommen, andererseits notwendige Umweltentlastung bringen, "Flurbereinigung", Flußbegradigungen, Straßenbau, Wohnungsneubau statt Adaptierung, öffentlich geförderter Seilbahnbau, die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

8 Von der Landindustrie zur Landwirtschaft

Durch die völlig verfehlte Politik der Altparteien ist die österreichische Landwirtschaft in einen bejammernswerten Zustand geraten. Aus eigener Schwäche behaupten die Verantwortlichen, daß es keine durchführbaren Alternativen gibt. Gerade dies stimmt nicht, und das wollen wir beweisen.

Laufend gehen große landwirtschaftliche Flächen verloren, pro Jahr etwa 18.000 ha, das ist die Fläche des Neusiedlersees. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, ist in 185 Jahren der landwirtschaftliche Boden verbraucht. Die natürliche Bodenfruchtbarkeit nimmt ab, 600.000 ha sind bereits gefährdet. Hauptverursacher ist der ungeheure Einsatz von Mineraldünger, der 1952 33kg/ha betrug, 1985 bereits 150 kg. Bis heute hat sich die Erkenntnis von der Gefährdung des Bodens noch nicht bis zu den Verantwortlichen durchgesprochen. Das Bawasterben greift weiter um sich. Seit 1950 haben fast 150.000 Bauern ihren Betrieb aufgegeben, unter den Gebliebenen sind die Vollerwerbsbauern - mit nicht einmal 40 % - schon eine Minderheit. Täglich geben 23 Bauern ihren Betrieb auf. Unter dem Schlagwort "Strukturereinigung" läuft das Sterbeprogramm der Altparteien für die kleinen

und mittleren Bauern munter weiter, bis nur mehr riesige, industriell geführte Betriebe übrig bleiben. Die bäuerlichen Einkommen schwinden dahin. Sie schrumpften im Jahr 1985 um 17 %, das Gesamteinkommen stürzte gar auf den Wert von 1975 ab. Der Anteil der Bauern am Endpreis ihrer Produkte wird immer geringer. 1973 blieben dem Bauer von 100 S, die der Konsument für Lebensmittel ausgab, noch 40 S, heute sind es nur mehr 33 S. Kein Wunder, daß der Verschuldungsgrad der Landwirtschaft zunimmt. Heute sind die Bauern mit über 50 Milliarden verschuldet, das sind fast 20.000 S je Hektar. Kaum ein Betrieb ist so total reglementiert und unfrei wie die Landwirtschaft. Die Bauern werden immer abhängiger und den vielfältigen Verflechtungen vom Grünen Riesen, Lagerhäuser, Molkereien, Kammern und Agrochemie unterworfen.

Das aktuelle Hauptproblem der Landwirtschaft ist die ungeheure Überproduktion. So mußten wir z.B. 1985 über eine Mio. Tonnen Getreide ins Ausland verschenken, 1986 kostete die Überschufverwertung bereits die gewaltige Summe von 8,5 Milliarden S. Die Ursachen sind schnell aufgezählt. Sie liegen im ständig steigenden Energie- und Chemieeinsatz, in riesigen Nahrungsmittelimporten von 30 Milliarden S., in gewaltigen Futtermittelimporten (1985 allein 400.000 Tonnen Soja) und im züchterischen und landtechnischen "Fortschritt". Daß die Landwirtschaft in einer Krise steckt, daß Veränderungen dringend nötig sind, das ist wohl unbestritten. Ziel einer grünen Landwirtschaftspolitik ist eine gesunde, lebensfähige und möglichst naturnahe Landwirtschaft, die uns gesunde Nahrungsmittel bietet, den Lebensraum erhält und uns vom Ausland möglichst unabhängig macht. Die Landwirtschaftspolitik muß den Bauern, insbesondere den Mittel- und Kleinbauern, eine lebenswerte Existenz sichern. Die Altparteien wursteln ohne positives Konzept in der verkalkten Denkweise des heutigen Systems und sind unfähig, neue Wege zu beschreiten. Sie rufen nach neuen Förderungen, nach neuen Steuern, nach "Strukturereinigung", nach mehr Agrochemie. Unsere Vorschläge gehen in eine gänzlich andere Richtung.

Zur Sicherung der Böden, die ja die Existenzgrundlage der Landwirte sind, verlangen wir ein Bodenschutzprogramm auf gesetzlicher Basis, das alle urbarsten Flächen schützt und saniert. Österreich sollte der "Europäischen Bodencharta" beitreten und deren Forderungen verwirklichen. Das erfordert ein gewaltiges Umdenken, besonders im Bereich der Siedlungs- und Verkehrspolitik. Die notwendigen Mittel können durch Umwidmung der Straßenaugelder beschafft werden. Zum Schutz des Bodens ist auch eine drastische Besteuerung von Düng- und Pflanzen"schutz"mittel erforderlich. Durch ein grünes Arbeitsbeschaffungsprogramm können nahezu 100.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Das ist nur dann möglich, wenn mit Schlagworten von der "Gesundschrimpung" der Landwirtschaft, mit der mörderischen "Strukturereinigung" und der Industrialisierung der Landwirtschaft Schluß gemacht wird.

Voraussetzung für diese Veränderungen ist die Befreiung der Bauern aus der Abhängigkeit und totalen Reglementierung. Sie müssen frei entscheiden können, wann und wo sie ihre Produkte verkaufen und an wen. Ihr Anteil am Endpreis muß steigen. Den Unterschieden in den natürlichen, klimatischen und technischen Bedingungen der Produktion muß durch gestaffelte Ausgleichszahlungen Rechnung getragen werden, und zwar aus dem Topf der zur Überschufverwertung ausgegebenen Milliarden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen

durch eine Besinnung auf ihre ursprüngliche Bestimmung und ihren ursprünglichen Sinn der Selbsthilfe und Solidarität zurückgeführt werden. Sie sollen ihrer Aufgabe im überschaubaren, kontrollierbaren Bereich nachkommen. "Der Bereich einer Genossenschaft soll die Grenzen eines Pfarreibezirktes nicht überschreiten", erkannte schon F.W.Raiffeisen.

Die Überproduktion muß innerhalb von 5 Jahren abgebaut sein. Die landwirtschaftliche Erzeugung soll zum größten Teil nur der Deckung des Inlandsbedarfes dienen und nicht im Ausland verschleudert werden. Danach müssen sich die Förderungsrichtlinien orientieren. Sie dürfen keine Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreiben.

Wir verlangen deshalb eine drastische Minimierung der Chemie-Zufuhr, eine qualitäts- und mengengestaffelte Anhebung der Ankaufpreise für Agrarprodukte, die weitgehende Substituierung der Agrarimporte durch eigene Erzeugung, die Förderung und den gezielten Einsatz von vielfältigen Alternativproduktionen, die drastische Verringerung der Futtermittelimporte und eine Änderung der Einfuhrbestimmungen und des GATT-Abkommens im Sinne einer Anpassung an scharfe Inlands-Qualitätsbestimmungen.

Der Einsatz alternativer, erneuerbarer Energietechniken am Land ist zu fördern, ebenso die heimische Futtermittel- und Ölsaatenproduktion. Die Massenterhaltung ist zu verbieten. Ein strenges Pflanzenschutzmittelgesetz muß bald beschlossen werden.

Die landwirtschaftliche Marktordnung muß auf diese Ziele ausgerichtet werden und darf nicht der verarbeitenden Industrie und den Großvermarktern weitere Macht und noch höheren Profit zuschanzen. Im Gegenteil, eine neue agrarische Marktordnung muß Freiräume für Direktvermarktung, Alternativproduktionen, den Bio-Landbau und die Qualitätserzeugung mit entsprechendem Preis, Qualitäts- und Herkunftsdeklaration schaffen.

Im Hinblick auf die auf Frühjahr 1987 verschobene Milchmarktordnung machen wir folgende Vorschläge zur Neuorientierung des Milchmarktes. Der allgemeine Absatzförderungsbeitrag muß abgeschaufft werden. Das wird durch die Anpassung (Reduzierung) der Inlandsrichtmenge an den Inlandsbedarf möglich sein. Eine gestaffelte Kürzung der Kontingente und eine eventuelle Neuverteilung nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ist erforderlich. Der Milchwirtschaftsfonds sollte abgeschafft werden. Die Direktvermarktung aller Milchprodukte ist zu ermöglichen. Durch Aufnahme aller im Inland erzeugten Milchsorten und Milchprodukte in den Verkauf und die Vermarktung sollte Konkurrenz geschaffen werden.

Die Finanzierung all dieser Schritte erfordert mehr staatliche Gelder, als bisher für die Landwirtschaft eingesetzt wurden. Die vielen neuen Arbeitsplätze ersparen hohen Sozialaufwand. Die Einkommensunterschiede werden ohne Mehrkosten abgebaut. Produkte höherer Qualität erhalten einen besseren Preis. Jede Milliarde, die die Bauern bekommen, landet durch Investitionen wieder in der österreichischen Wirtschaft und schafft inländische Arbeitsplätze. Die Bereitschaft der Landwirte zur Umstellung auf umweltverträglichen, ökologischen Landbau wird steigen, wenn der Zwang zur Chemisierung und Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Änderung der Rahmenbedingungen verringert wird, wenn durch angemessene Preise und differenzierte, gerechte Förderung eine Existenzsicherung möglich wird.

Dafür werden wir uns mit allen engagierten Bauern einsetzen.

9 Für eine solidarische Sozialpolitik

Laut Statistischem Zentralamt müssen heute schon 10 % aller unselbständigen Haushalte mit einem Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 4.200 S auskommen.

In Österreich gibt es keinen gesetzlich festgelegten Mindestlohn, die Kollektivverträge können eine solche Regelung kaum ersetzen. Das Bekleidungs-gewerbe etwa zählt zu den Schluflüchtern. Ungelernte Arbeiter können dort mit einem Monatslohn von 5.700 S brutto abgepeist werden. Da ist es kein Wunder, daß es für viele Menschen schon schwer wird, die elementaren Grundbedürfnisse abzuschichern.

Die Verlierer der Zukunft sind die Jugendlichen ohne Arbeit. Ihre Zahl beträgt im Durchschnitt schon knapp 50.000. Die Erfahrung, arbeitslos zu werden, wurde im letzten Jahr bereits von 200.000 Jugendlichen gemacht. Eine Mindestabsicherung von arbeitslosen Jugendlichen ist in Österreich nicht bekannt.

Die Diskussion über die sogenannten "Sozial-schmarotzer" ist eine Schande für unser Land. Tatsache ist, daß jeder fünfte arbeitslose Mann mit weniger als S 4.600 sein Auskommen finden muß und nicht einmal jede zweite arbeitslose Frau auf diesen Betrag kommt. Denn es gibt im österreichischen Arbeitslosenrecht keinen Sockelbetrag. Eine Vergleichsstudie in 14 Ländern zum Arbeitslosengeld eines Industriearbeiters hat ergeben, daß Österreich an 11. Stelle liegt. Betrachtet man die österreichischen Ausgaben in der Arbeitslosensversicherung genauer, so wurden 1985 vom Gesamtpf nur 7 Milliarden als direktes Arbeitslosengeld ausbezahlt, 2,4 Milliarden an Notstandshilfe, der größte Kuchen von 8,6 Milliarden ging in arbeitsmarktpolitische Aktionen und direkte Stützungen für Betriebe.

In der Krise wird zunächst bei den Armen gespart. 1985 wurden zwar 10 Milliarden für Sozialhilfe ausgegeben, doch der größte Teil des Kuchens ging in Helme, Behindertenpflege und ambulante Dienste. Nur 2,9 Milliarden kamen Privatpersonen zu gute. Die Hauptopfer der Sparpolitik sind vor allem Frauen, und hier wieder ganz besonders die alleinstehenden Mütter.

Die Sparpolitik richtet sich auch immer mehr gegen Ausländer. So wurde etwa in der jüngsten Novelle zum Wiener Sozialhilfe-Gesetz die enge Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und Fremdenpolizei verankert, um hilfesuchende Ausländer schnell loszuwerden.

Die Notstands-Behilfe, ein Relikt aus dem Armenrecht der Monarchie, wird unverändert als Gnade gewährt, was für die Betroffenen zum Teil sehr entwürdigend ist. Allerdings sind auch hier wieder Frauen und Ausländer benachteiligt..

Jeder fünfte Pensionist in Österreich muß mit rund 4.500 S auskommen. Noch immer sind wir von einer Vereinheitlichung im Pensionsrecht, ja in der Sozialversicherung generell, weit entfernt. So haben Beamte nach wie vor ein gesondertes Pensionsrecht, das auch etliche Privilegien enthält. Die Gesamtkosten der Beamtensysteme betragen immerhin schon 55 Milliarden pro Jahr.

Österreich ist ein behindertenfeindliches Land. Noch immer fehlt ein bundesweites Behinderten-Gesetz, obwohl etwa 10 % der Bevölkerung behindert

sind. Die Unterschiede in den Regelungen der Bundesländer sind ganz beachtlich. Lebt etwa ein behindertes Kind in Wien bei den Eltern, so bekommt es zur Familienbeihilfe noch 4.500 S als Dauerleistung dazu, falls das Einkommen der Eltern eine bestimmte Höhe nicht übersteigt. In den anderen Bundesländern bekommen die Eltern lebenslänglich nichts. Soziale Integration ist ein leeres Schlagwort geblieben. Noch immer leben etwa 50.000 Körperbehinderte in geschlossenen Heimen, geistig und psychisch Behinderte werden total isoliert. Anstatt Behinderten den Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, gehen die bei uns geltenden Sozialgesetze immer noch von der Minderung der Erwerbsfähigkeit aus. Allein das ist schon diskriminierend.

All diese Beispiele zeigen:

Die Lücken im Sozialsystem werden größer, die Sozialpolitik wird immer bürokratisierter, auf verschlungenen Pfaden schleicht sich die Sparpolitik hier ein und wird immer deutlicher.

Ähnliche Akzente sind auch in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition zu bemerken. Die zentralen Anliegen dort beziehen sich vor allem auf eine Stabilisierung der Sozialausgaben. Neue, gerechte und dezentrale Ansätze der Sozialpolitik finden sich dort nicht mehr. Noch im Jahr 1953 forderte die SPÖ eine Volkspension für alle Österreicher, auch die ÖVP lehnte damals dieses Modell nicht ab. Von solchen fortschrittlichen Ansätzen ist heute nichts mehr zu spüren.

Diese Ansätze liegen in einer Reform der vielfach bürokratisierten sozialen Initiativen, vor allem aber in der Debatte über eine garantierte Mindestsicherung in den verschiedenen Bereichen, vor allem der Arbeits- und Pensionsversicherung.

10 Die Gesundheitspolitik soll gesund machen

Die Medizin ist krank. Es wird von Experten geschätzt, daß rund 40 % aller Erkrankungen psychosomatisch bedingt sind. Die Zahl der Personen, die an Umwelterkrankungen (wie Allergien) leiden, nimmt rasant zu. Etwa 100.000 Österreicher/innen gelten als medikamentensüchtig, 460.000 sind gefährdet. 250.000 Bürger/innen sind dem Alkohol verfallen, 650.000 weitere potentielle Alkoholiker. Das sind alarmierende Zahlen, die zeigen, daß sich viele Gesundheitsprobleme verlagert haben, die offizielle Gesundheitspolitik aber unverändert einer reparierend-technischen Philosophie folgt.

Kein Wunder, daß die Kosten explodieren, wenn allein der Aufwand für die Krankenhausbudgets innerhalb von 5 Jahren um 100 % stieg, wenn jeder dritte Patient in den internen Abteilungen der Wiener Spitäler gar nicht dort sein müßte, wenn technische Leistungen der Ärzte gut, Gespräche dagegen nicht bezahlt werden.

Krankmachende Lebensbedingungen und die Dominanz von Technik sind die wahren Ursachen der finanziellen Problemen im Gesundheitswesen.

Eine eigenständige Gesundheitspolitik gibt es in der rot-blau-schwarzen Parteienlandschaft nicht. Gesundheitspolitik ist von der budgetpolitisch übergeordneten Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängig. Wir wollen deshalb das Gesundheitswesen zu einem qualitativen Prinzip machen, was erhebliche Strukturveränderungen erfordert.

Wir wollen die krankmachenden und lebensgefährdenden Bedingungen (Radioaktivität, Luftverunreinigung, Kfz-Verkehr, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen, krankmachende Lebensmittel) zei-

gen und nachweisen. Wenn der Mensch an Umweltverhältnissen erkrankt, kommt medizinische Hilfe zu spät.

Die Spitäler verschlingen jährlich rund 50 Milliarden ÖS. Deshalb sollen die Spitalsbetten reduziert werden, dafür können Alters- und Pflegebetten (etwa Wohngemeinschaften für alte Menschen) ausgebaut werden. Für jedes Krankenhaus muß ein fixes Jahresbudget erstellt werden. Teure Apparate dürfen nur mehr nach genauer Prüfung durch ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium angeschafft werden.

Unser Ziel ist eine umfassende, ambulante und psychosoziale Versorgung anstelle der heutigen Medizintechnik.

Wir wollen keine neue Medizin erfinden, sondern die politischen Voraussetzungen ändern, unter denen diese stattfindet. Daher sind den hierarchischen Strukturen größte Beachtung zu schenken. Herrschaft im Gesundheitswesen bedeutet Macht bestimmter Gruppen, vor allem der Ärztekammern, der Krankenkassen, der Pharma- und Bauindustrie, die auf bürokratisch verfestigten Strukturen beruhen. Entscheidungen im Gesundheitswesen müssen primär an den Bedürfnissen der Kranken orientiert sein.

Ein wichtiges Anliegen sind uns Veränderungen in der Geburtshilfe. Die Anzahl der Klinikgeburten betrug 1985 ca. 97 %. Es ist höchst an der Zeit, daß sich die Frauen, je nach der medizinischen Notwendigkeit, zwischen einer Haus- oder ambulanten Geburt oder einer Klinikgeburt entscheiden können. Gerade das Konzept einer natürlichen Geburt steht im Gegensatz zu jenen Entwicklungen, welche zur heutigen schulmedizinischen Geburtshilfe haben.

Grüne Gesundheitspolitik fordert vorrangig die Bekämpfung der Krankheitsursachen. Gesundheitsfragen sind in der Umweltpolitik, in der Verkehrspolitik und im Wohnungsbau und am Arbeitsplatz relevant. Der gesamte Arbeitsbereich muß ebenfalls unter diesem Aspekt gesehen werden. Atemwegserkrankungen, Hauterkrankungen, Allergien, Herz-Kreislaufkrankungen, Krebserkrankungen und andere sind zunehmend auf schlechte Umweltbedingungen zurückzuführen. Wir wollen deshalb die Gesundheitspolitik in die Umweltpolitik integrieren. Die entsprechenden Maßnahmen reichen von emissionsmindernden Maßnahmen, einer Förderung der sanften Chemie, Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik bis zu Schritten zu einer menschen gerechten Stadt.

Die Gentechnologie wird als neue Qualität der Naturbeherrschung gefeiert. Die bei der Retortenbefruchtung notwendigerweise anfallenden überzähligen Embryonen sind zur Zeit das begehrteste Forschungsobjekt der Gentechniker. Die biologische Utopie einer Gesellschaft ohne Behinderte, mit asexuell gezeugten, vollkommen an die chemieverseuchte Umwelt angepaßte Nachkommen, zeichnet sich bereits ab. Eingriffe in die menschliche Fortpflanzung bilden einen neuen Schwerpunkt der modernen Medizin.

Die Genforschung muß deshalb einen demokratischen Entscheidungsprozeß unterzogen werden. Es ist eine Wissenschaft, die die Menschenwürde und das Existenzrecht gefährdet oder gar tendenziell auslöscht.

Einer unserer ersten Schritte muß es deshalb sein, die jetzt begonnene Entwicklung aufzuzeigen und dieses Wissen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.